

Newsletter Nr. 2/2011



April 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute erhalten Sie unseren zweiten Newsletter, der wieder einige interessante Beiträge aus der Presse und anderen Veröffentlichungen enthält. Fundierte fachliche Artikel und Berichte aus dem Landesverband erhalten sie daneben wie gewohnt in unserer Verbandszeitschrift „Spuren“. Aktuelle Informationen und Positionen finden Sie darüber hinaus stets auch auf unserer Homepage www.vds-bayern.de .

Bitte beachten Sie, dass der Newsletter rein informativen Charakter besitzt. Die Texte sind teilweise urheberrechtlich geschützt und nicht zur weiteren Veröffentlichung freigegeben. Für Anregungen und Beiträge sind wir immer offen.

Weiterhin ist „Inklusion“ das beherrschende Thema in der fachlichen und politischen Diskussion, dem man sich in der Sonderpädagogik kaum entziehen kann. Es ist dabei vielerorts eine große Offenheit für neue Entwicklungen zu spüren. Andererseits erkennt man auch immer wieder die Tendenz, auf den Zug aufzuspringen, indem einfach als Inklusion benannt wird, was bisher unter dem Namen Integration oder Kooperation bereits praktiziert wurde. Muss das denn sein? Sind kooperative Modelle oder Maßnahmen zur Integration nicht mehr zeitgemäß oder nicht mehr erstrebenswert? Arbeiten wir an einem inklusiven Schulsystem, indem wir es in Teilen einfach so nennen?

Aus Sicht des vds-Landesverbandes kommt es darauf an, vor allem die fachlichen Gesichtspunkte in den Blick zu nehmen. Erforderlich ist ein grundsätzliches Bekenntnis zu einer inklusiven Schule und der damit verbundenen Ausstattung an Sonderpädagogen und ihrem Wissen und Können. Wir begrüßen eine offene Diskussion über notwendige Veränderungen. Wir wünschen uns die Möglichkeit der Erprobung innovativer Modelle und Konzepte. Und wir hoffen auf eine echte Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen.

Das im letzten Newsletter vorgestellte Konzept des Kultusministeriums spielt in der aktuellen Diskussion kaum noch eine Rolle und wird auch vom Ministerium selbst kaum noch kommentiert. Stattdessen liegt inzwischen der Gesetzentwurf der interfraktionellen Arbeitsgruppe des bayerischen Landtages zur Änderung des BayEUG vor. Sie erhalten ihn als eigene Datei zusammen mit diesem Newsletter oder können ihn bei der Pressestelle anfordern (klauspeter.brueinig@vds-bayern.de). Ein Inkrafttreten der Veränderungen ist bereits zum 1.8.2011 vorgesehen.

Der Gesetzentwurf des Bayerischen Landtags – Ein Kommentar von Dr. Rita Völker,
Landesvorsitzende des vds-Bayern

Der Verband Sonderpädagogik begrüßt den Gesetzentwurf des Bayerischen Landtags, werden doch darin viele Forderungen des vds berücksichtigt.

Der am weitreichendste Aspekt stellt die Weiterentwicklung der allgemeinen Schule mit dem Schulprofil „Inklusion“ dar. Dies entspricht der Forderung des Verbandes im *Rahmen von Schulentwicklungsprogrammen regionale Modelle und Konzepte für inklusive Schul- und Bildungsstrukturen* zu entwickeln. So lautet der Gesetzentwurf: „...Schülerinnen und Schüler mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf (werden) gemeinsam unterrichtet“... Dabei steht „die ganze Schule im Blick, die auf der Grundlage eines gemeinsamen Bildungs- und Erziehungskonzept in Unterricht und Schulleben individuelle Förderung und gemeinsames Lernen für alle Schülerinnen und Schüler eigenverantwortlich umsetzt. In dieses Konzept ist die Entwicklung des lernzieldifferenten Unterrichts und die Fortbildung der Lehrkräfte einzubeziehen“ (s.S.3).

Damit findet eine weitere Forderung des vds Berücksichtigung, nämlich das *Konzept der inklusiven Lehrerbildung*, was bedeutet, dass die Lehrkräfte an Schulen mit dem Schulprofil „Inklusion“ die Fortbildung der gesamten Lehrerschaft mit einzubeziehen ist. Eine *weiterentwickelte Form der Kooperationsklassen* ist ebenso verankert. So ist es an Schulen mit dem entsprechenden Profil ermöglicht, Klassen mit Schülerinnen und Schülern mit sehr hohem Förderbedarf mit zwei Lehrkräften auszustatten. Zu diesem Profil gehört es, Formen des gemeinsamen Lernens zu entwickeln.

Weiterhin wird die *Weiterentwicklung der Sonderpädagogischen Förderzentren zu Kompetenzzentren* in der Gesetzgebung verankert. Positiv einzuschätzen ist die Festschreibung des lernzieldifferenten Unterrichts mit der Konsequenz, bei Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf deren Ziele durch einen individuellen Förderplan fortzuschreiben sowie einen eventuellen Nachteilsausgleich zu gewähren. Die jeweiligen Abschlüsse sind dann mit den erreichten Zielen zu beschreiben.

Es seien jedoch noch zwei kritische Anmerkungen gestattet: Diesbezüglich ist zu vermerken, dass viele Kosten auf die Kommunen ‚abgewälzt‘ werden. Könnte dies bedeuten, dass sich nur reiche Kommunen eine ‚inklusive Schule‘ leisten können? Im vorliegenden Gesetzentwurf sind desweiteren die Rollen der Sonderpädagogen sowie der Heilpädagogen nach wie vor nicht geklärt. Beide Professionen sind dringend erforderlich. Sie dürfen jedoch nicht austauschbar sein.

In der Zusammenfassung einiger Ergebnisse aus dem nationalen Bildungsbericht 2010 durch das Büro des Behindertenbeauftragten der Bundesregierung wird deutlich, dass eine echte Entwicklung hin zu einem inklusiven Schulsystem in Deutschland bisher noch nicht stattfindet.

"Eine Senkung der Förderschulbesuchsquote zugunsten einer Förderung in sonstigen allgemeinbildenden Schulen ist nicht beobachtbar". Dies ist ein Ergebnis des Bildungsberichts 2010, der diese Woche im Deutschen Bundestag beraten wurde. Das Büro des Bundesbehindertenbeauftragten hat in seinem neuesten Infodienst einige Ergebnisse des Bildungsberichts zusammengefasst.

"...Die Bildungsbeteiligung von Kindern im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt ist im letzten Jahrzehnt bundesweit zur Regel geworden. Das fachliche und politische Augenmerk liegt daher vor allem auf der verstärkten Förderung von Kindern unter drei Jahren sowie auf den Kindern mit Behinderungen..." (S. 49)

"...Anhand der amtlichen Statistiken lassen sich eindeutige Tendenzen in der Betreuungsentwicklung von Kindern mit Behinderungen erkennen. Wie schon im Bildungsbericht 2008 dargestellt, ist vor allem eine stete Zunahme der Anzahl integrativer Kindertageseinrichtungen zu beobachten, die sich zwischen 1998 und 2009 von knapp 7.800 auf 14.300 nahezu verdoppelt haben ... Die Anzahl der Kinder in Förderschulkindergärten hat sich innerhalb der letzten zehn Jahre leicht erhöht..." (S. 52)

"...Das 2009 in Kraft getretene Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen hat in allen Ländern Impulse zur Überprüfung der bisherigen Praxis sonderpädagogischer Förderung ausgelöst. Vor diesem Hintergrund werden die in den bisherigen Bildungsberichten in mehreren Indikatoren angesprochenen Aspekte der schulischen Förderung von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf zusammengefasst. Aktuelle Förderquoten und gruppenspezifische Besuchsquoten von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden dargestellt, um die Ausgangslage für die neu einsetzenden Veränderungsbestrebungen darzustellen..." (S. 69)

"...Eine Senkung der Förderschulbesuchsquote zugunsten einer Förderung in sonstigen allgemeinbildenden Schulen ist nicht beobachtbar..." (S. 69)

"...Im internationalen Vergleich hat Deutschland einen insgesamt überdurchschnittlichen Anteil an Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Unter den EU-Staaten hat Deutschland die höchste Förderquote von Schülern, die in Förderschulen unterrichtet werden. Und zugleich hat Deutschland einen der niedrigsten Anteile an integrativ geförderten Schülerinnen und Schülern..." (S. 70)

[Link zum Nationalen Bildungsbericht](#)

Quelle: kobinet-nachrichten vom 30.01.2011
<http://www.kobinet-nachrichten.org>

Andererseits finden sich immer wieder Berichte in der Presse, die von Einzelfällen gelingender Integration handeln, diese aber als Beispiel für bereits realisierte Inklusion anführen, wie der folgende aus der Augsburgener Allgemeinen Zeitung vom 29.1.2011

Grund- und Förderschüler lernen gemeinsam

Kai kann schon lesen. Der Erstklässler sitzt im Klassenzimmer der 1 a in der Grundschule Ustersbach. Eigentlich ist das gar nicht sein Klassenraum. Denn er besucht die Förderklasse 1 S, die zum Helen-Keller-Förderzentrum in Dinkelscherben gehört und in der Außenstelle Ustersbach unterrichtet wird. Aber Kai ist bei den Regelschülern dabei. Denn in dem kleinen Ort ganz am Rand des Landkreises Augsburg wird seit diesem Schuljahr praktiziert, was es so in Bayern eigentlich noch gar nicht gibt: Inklusion.

(...) „Wir haben einfach die Türen aufgemacht“, beschreibt Gabriele Wolff, Grundschullehrerin in der dritten Klasse, die Praxis. Ihr Partner ist die S-Klasse von Sonderschullehrer Olaf Stuber. Doch freilich steckt viel mehr dahinter. Begonnen hatte der gemeinsame Unterricht vor einigen Jahren mit einem einzigen sehbehinderten Kind. Gabriele Wolff hatte die Verantwortung übernommen, dem Kind auch nach den ersten beiden Grundschulklassen weiter einen Schulbesuch in seinem Heimatort statt in einem fernen Internat in München zu ermöglichen. Das hat problemlos geklappt.

Dann kam auf der anderen Seite die Raumnot am Helen-Keller-Förderzentrum in Dinkelscherben hinzu. Vor gut fünf Jahren wurde zunächst eine Klasse nach Ustersbach ausgelagert, dann zwei, ab diesem Schuljahr sind es vier. Diese S-Klassen gehören zum zweijährigen Zug der Förderschule, das bedeutet, dass die Schülerinnen und Schüler denselben Grundschulstoff ebenfalls in zwei Jahren durchnehmen sollen. Viele der Kinder haben aber vereinzelte Probleme, etwa im sozialen Bereich. Üblicherweise sind die Klassen mit bis zu 14 Kindern kleiner und Sonderschullehrer sind für die besonderen Anforderungen, die die Kinder an sie stellen, ausgebildet. Die Klassen in Ustersbach sind auch in der Grundschule klein, meist unter 20 Schülerinnen und Schülern. Was mit einigen gemeinsamen Projekten angefangen hat, ist jetzt zum durchgängigen Konzept geworden: Immer die zwei Klassen aus derselben Jahrgangsstufe werden gemeinsam unterrichtet - nach dem Prinzip „Türen auf“.

Ausschlaggebend ist der Leistungsstand der Schüler - Im Heimat- und Sachkundeunterricht oder in den Musikstunden sind dann wirklich alle Schülerinnen und Schüler in einem Raum zusammen, erklärt Gabriele Wolff. Bei Mathe und Lesen wird generell getrennt - aber eben nicht nach Förder- und Regelschülern, sondern nach dem wirklichen Wissens- und Leistungsstand jedes einzelnen Schülers. Deshalb liest Kai jetzt schon mit

den Grundschulern mit. Michaela ist zwar in der Grundschule, aber Rechnen fällt ihr im Moment nicht so leicht. Sie geht deshalb in dieser Woche in Mathe rüber in die Förder-Gruppe, erklärt ihre Lehrerin Elke Civric. „Da haben einige Schüler am Anfang schon Hemmungen gehabt“, hat sie erlebt. Das habe sich aber gegeben. Von den Eltern komme übrigens nur Zustimmung für das Modell, erzählt sie. „Am Anfang des Schuljahres haben wir bei einem Elternabend unser Konzept vorgestellt. Nur wenige fanden, das damals klar gut, viele haben nichts gesagt.“ Nach den ersten Wochen jedoch seien die Eltern restlos überzeugt gewesen. Kein Wunder, schließlich bringen die Förderschüler schon allein eine Ausstattung für den Unterricht mit, die es in wohl keiner Grundschule gibt. Während der Freizeit können die Erstklässler allein an neun Computern Leserätsel lösen oder Blitzrechnen üben.

Hinter dem Konzept stehen freilich auch zwei überzeugte Schulleiter, Marvin Fogelstaller vom Förderzentrum in Dinkelscherben und Raimund Müller in Ustersbach. Müller beklagt, dass das Konzept in Ustersbach zwar einerseits modellhaft in Bayern sei, es aber dennoch kaum Unterstützung gebe, zumindest keine materielle. Denn mehr als die Regelstunden sind auch in Ustersbach nicht drin, darüber hinaus leisten die Lehrerinnen und Lehrer auch hier viel freiwillige Arbeit. Geduldet werde das Konzept allein deshalb, weil offiziell die Grundschule und die Förderklassen weiter nebeneinander bestehen. Dabei würde der Erfolg den Pädagogen in Ustersbach recht geben: „Wir haben auch mehr Zeit für die Guten“, sagt Gabriele Wolff. Die Übertrittszahlen von der Grundschule auf weiterführende Schulen seien genauso wie in anderen ländlichen Regionen. Schon als es erst vereinzelte gemeinsame Projekte zwischen den beiden Schulen gab, konnten einige Förderschüler nach der vierten Klasse direkt auf die Realschule wechseln - und einer gar aufs Gymnasium. (...)

Von Jana Tallevi

Quelle: **Augsburger Allgemeine Zeitung** vom 29.01.2011

<http://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/Grund-und-Foerderschueler-lernen-gemeinsam-id9555456.html>

Einen weiteren Artikel über einen besonderen Einzelfall veröffentlichte die Mitteldeutsche Zeitung. Interessanterweise kommen hier Befürworter und Skeptiker aktueller schulpolitischer Entwicklungen gleichermaßen zu Wort, was in der Presseberichterstattung der letzten Monate so nicht immer der Fall war.

Integration mit Hürden

Wo seine Mutter ist? "Mama ist in Arbeit dedangt", sagt Tom. Der Junge ist fast sechs, dieses Jahr wird er eingeschult. Tom freut sich darauf. Doch wegen der sprachlichen Defizite des Jungen ist sein Vater wenig optimistisch. "In der normalen Schule geht er doch unter", fürchtet er. Deshalb wollte ihn der Hallenser an einer der beiden Sprachheilschulen der Stadt anmelden. Doch: "Dort haben sie mich weggeschickt. Tom muss erstmal in eine ganz normale Grundschule", sagt er. Dass Logopädin und Kinderärztin einen so genannten sonderpädagogischen Förderbedarf attestieren, änderte daran nichts.

Tom ist nicht der einzige Betroffene. Denn Sachsen-Anhalt baut seit 2008 sein Förderschulsystem um. Thomas Riethmüller - im Landesverwaltungsamt in Halle für Schulen zuständig - spricht von einer Revolution. Und ein Sprecher des Kultusministeriums in Magdeburg belegt dies auch mit Zahlen. "Vorletztes Schuljahr lernten 1 300 Schüler mit einem sonderpädagogischem Förderbedarf nicht mehr in einer Förder-, sondern in einer Regelschule. In diesem Schuljahr sind es bereits fast 2 900." Sachsen-Anhalt reagiert damit auf die seit März 2009 in Deutschland geltende Behindertenrechts-Konvention der Vereinten Nationen. Alle Kinder mit Behinderung haben demnach das Recht auf einen gemeinsamen Unterricht in einer normalen Schule. Deutschland mit seinem einzigartigen, ausdifferenzierten Förderschulsystem hinkt dabei aber hinterher. "Während in Europa durchschnittlich 85 Prozent der Kinder mit sonderpädagogischem Bedarf in Regelschulen unterrichtet werden, sind es in Deutschland nur etwa 18 Prozent", so die Unesco-Kommission.

Seit vergangenem Herbst besuchen wieder deutlich mehr Kinder mit Förderbedarf normale Grundschulen. "Wenn Schülerinnen und Schüler im gemeinsamen Unterricht beschult werden, erhalten sie Unterstützung durch ausgebildete Förderschullehrer", heißt es aus dem Kultusministerium. Und wie funktioniert es? "Entsprechend der Schülerzahl werden so genannte zusätzliche Lehrerwochenstunden zur präventiven Grundversorgung zugewiesen, die es seit diesem Jahr gibt." Landesweit seien das dieses Schuljahr knapp 3 000 Stunden.

Neben einigen in einem Pilotversuch an Grundschulen fest arbeitenden Sonderpädagogen werden dafür auch Lehrer aus den Förderschulen an die Schulen geschickt. Festgesetzt ist deren Einsatz aber nur auf zwei Stunden pro Kind pro Woche. "Es wird jedoch auch flexibel vor Ort reagiert", betont Thomas Redlich, für die Förderschulen zuständiger Referatsleiter im Landesverwaltungsamt.

Die neue Praxis stößt allerdings auf Kritik, vor allem an den Sprachheilschulen. "Wenn ein Kind - wie Tom - mit massiven Sprachdefiziten in einer normalen, großen Klasse unterrichtet wird und dort erst nach einem Dreivierteljahr ein Förderbedarf festgestellt wird, dann ist da schon viel im Sozial- und Lernverhalten zerstört worden", sagt eine Sprachheilpädagogin.

Doch auch an den Regel-Grundschulen herrscht Verunsicherung. "Ich stehe die meiste Zeit allein da. Es ist schwer, die drei besonders auffälligen Kinder in meiner Klasse im Griff zu behalten", berichtet eine Grundschullehrerin. "Die anderen Kinder, auch die guten Schüler, haben darunter zu leiden." Sie hoffe nun, dass eines der Kinder an die Ausgleichsklasse für sozial-emotionale Behinderung wechsele. Aber auch die abgeordneten Sonderfachlehrer sind häufig verunsichert: "Ich muss mich auch um ein schwer verhaltensauffälliges Kind kümmern. Dafür fühle ich mich gar nicht ausgebildet", sagte eine von ihnen. Sie ist Sprachheilpädagogin.

Grundschullehrern fehlt Ausbildung

"Prinzipiell ist der Weg zwar richtig, dass alle Kinder möglichst gleiche Startchancen haben. Aber es muss personell besser unterlegt sein", betont Hans-Dieter Klein, Sprecher der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Sachsen-Anhalt. Zwei Stunden Hilfe pro Kind, das sei einfach zu wenig.

"Grundschullehrer allein können das nicht leisten. Wir brauchen mehr pädagogisches Personal. Außerdem sind die Schulbauten oft nicht auf die neue Schülerklientel eingerichtet", sagte Klein. Und noch immer gebe es im Land bei der Grundschullehrausbildung kein Modul Förderpädagogik.

In der Perspektive bedeutet die Umsetzung der UN-Konvention zwangsläufig, dass es weniger Förderschulen geben wird. Doch wie das passiert, weiß offenbar noch niemand. "Zur Zahl der Förderschulen in den nächsten Jahren kann derzeit noch keine Aussage getroffen werden", teilt das Kultusministerium mit. Das Land halte zunächst am System der 2008 eingerichteten Förderzentren fest. Es gibt 38 dieser Zentren, in denen 320 Schulen des Landes zusammen arbeiten. Möglich und sinnvoll seien unter anderen Förderschulen mit mehr als nur einem Förderschwerpunkt.

Das wiederum ist auch der zentrale Kritikpunkt der Sprachheillehrerin, die anonym bleiben will. "Hier wird etwas eingeführt, ohne zu wissen, wie es laufen wird. Und ohne die Gewissheit, dass es auch besser für die Kinder ist".

Quelle: **Mitteldeutsche Zeitung**, mz-web.de vom 21.2.2011

<http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1297405361211>

Der Nordkurier aus Mecklenburg-Vorpommern veröffentlichte am 28.2.2011 ebenfalls einen interessanten Beitrag in diesem Zusammenhang

Lehrer scheuen die Teamarbeit

Viele Lehrer in den Regelschulen des Landes sind nach Ansicht der Leiterin der Güstrower Bildungsstätte Schabernack, Susanne Braun, noch nicht genügend auf das neue integrative Schulkonzept eingestellt. Nach diesem Konzept sollen Kinder mit Lernbeeinträchtigungen statt in Förder- in Regelschulen lernen. "Für Lehrer sollte das nicht nur eine Frage der Methodik oder Didaktik sein, sondern eine Frage der Haltung", sagte Braun.

Sie sollten nicht denken, dass jetzt noch mehr schwierige Kinder in die Klasse kämen. Vielmehr sollten sie sich

die Frage stellen, wie sie mit allen Kindern souverän und pädagogisch professionell umgehen können. Hintergrund der neuen Konzeption ist, dass Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2009 mit fast zwölf Prozent bundesweit den höchsten Anteil von Förderschülern hatte, der Bundesdurchschnitt lag bei sechs Prozent. Während in Kindertagesstätten noch fast 90 Prozent der Kinder mit Förderbedarf mit den anderen gemeinsam spielten und lernten, waren es in den Grundschulen nur noch 30 Prozent. Heute veranstaltet die Bildungsstätte Schabernack die Fachtagung "Inklusion - ein Recht auf mehr Miteinander". Bei Kindern mit erhöhtem Förderbedarf handele es sich vor allem um verhaltensauffällige Jungen und Mädchen, die früher an Förderschulen geschickt wurden, aber auch um Migrationskinder. "Die Lehrer brauchen zunächst Unterstützung in Form von Beratung, Teamarbeit oder Fortbildung", betonte Braun. Nicht jeder könne mit jeder Klasse klarkommen. Dabei sei Teamarbeit in Mecklenburg-Vorpommerns Schulen noch viel zu wenig ausgeprägt. "Es rentiert sich immer, gemeinsam mit Kollegen auf die Klassen zu schauen und die Probleme zu analysieren, wenn man nicht klarkommt."

Es sei sinnvoll, besonders pädagogisch ausgebildete Lehrer an die Regelschulen zu holen. "An jeder Schule sollte mindestens ein Lehrer mit einer pädagogischen Fachkompetenz für verhaltensauffällige Schüler sein", forderte Braun. Das sei auch ohne besonders große Kosten möglich, da Lehrer, die derzeit noch in der Sonderpädagogik sind, nach und nach in die Regelschulen kämen.

Inklusion bedeutet, dass alle Kinder gute und gerechte Bildung bekommen. "Das darf aber nicht mit Integration verwechselt werden, das gibt es schon", sagte Braun. Dabei werden behinderte oder verhaltensauffällige Schüler integriert, eine Fachkraft mit sonderpädagogischer Ausbildung kümmert sich dann gesondert um sie. Mit Inklusion sei vielmehr gemeint, dass die Kinder in eine ganz normale Regelschule oder Kita gehen - mit allen anderen Kindern zusammen.

Quelle: Nordkurier.de am 28.02.2011 <http://www.nordkurier.de/index.php?objekt=nk.nachrichten.m-v&id=787233>

Gespannt sein darf man angesichts des Regierungswechsels in Baden-Württemberg auf die dortigen Entwicklungen in der Bildungslandschaft. Noch aus der Zeit vor der Landtagswahl stammt eine interessante Erkenntnis der bisherigen Kultusministerin: „Inklusion gibt's nicht zum Nulltarif.“

Der gemeinsame Unterricht behinderter und nichtbehinderter Kinder kann nicht ohne zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen umgesetzt werden, sagt das Kultusministerium – und ändert damit seine Position. Zu dieser Einschätzung kam Kultusministerin Marion Schick (CDU) bei einer Fachkonferenz am Freitag in Freiburg. Bislang galt im Kultusministerium die Parole, die Umstellung müsse kostenneutral erfolgen. Dies beziehe sich nur auf die dreijährige Probephase, erklärte die Kultusministerin den verblüfften Schulpraktikern im Regierungspräsidium. Flächendeckend sei die Inklusion aber nicht ressourcenneutral zu bewerkstelligen.

Die Eingliederung behinderter Kinder und Jugendlicher in die allgemeinen Schulen sei eine der sensibelsten Fragen in der Bildungspolitik der nächsten Jahre, sagte Schick. "Bislang gibt es aber mehr Antworten und Fragen." Der Startschuss für den gemeinsamen Unterricht im gesamten Land wird mit der Änderung des Schulgesetzes im Schuljahr 2013/14 fallen. Die Sonderschulpflicht wird abgeschafft, Eltern behinderter Kinder können nach Abstimmung mit Experten eine geeignete Schule wählen.

Damit die flächendeckende Einführung des gemeinsamen Unterrichts in drei Jahren reibungslos funktioniert, wird seit diesem Schuljahr in fünf Regionen – Freiburg, Stuttgart, Mannheim, Konstanz und Biberach – erst mal geübt. Dabei stehen die Koordination zwischen den Schulen und die Finanzierung von Transport, Umbauten und technischen Hilfsmitteln durch das Land, die Kreise und die Gemeinden im Vordergrund. Das Ende der Sonderschulpflicht bedeutet aber kein Aus für die Sonderschulen. Es wird weiter Standorte für sozialpädagogische Zentren geben. Deren Experten sollen die Schulen beraten und Hilfen vor Ort organisieren und koordinieren. In den allgemeinen Schulen werden sie im Team mit Kollegen unterrichten. Zudem sollen die Förderschulen auch für nichtbehinderte Kinder geöffnet werden. Am mehrgliedrigen Schulsystem soll nicht

gerüttelt werden.

"Die Eltern haben das erste Wort, sie haben aber nicht das letzte Wort", sagte Schick, die den Eltern kein absolutes Wahlrecht einräumen will. Die Entscheidung über die Schulwahl fällt in Bildungswegekonzferenzen, in denen Schulexperten mit den Eltern und Vertretern der Behinderten- und der Jugendhilfe die beste Lösung für das Kind suchen sollen. "Wir werden Individuallösungen suchen, ohne Präzedenzfälle zu schaffen", sagt die Kultusministerin. Die Kosten könnten allerdings nicht ignoriert werden. Schick will jetzt zudem die Fortbildung aller Schularten auf die Inklusion konzentrieren.

Die Kultusministerin erfährt derzeit Druck aus zwei Richtungen: Vielen Eltern geht die Umsetzung der Inklusion zu langsam, nach Ansicht der CDU-Landtagsfraktion läuft er eher zu schnell. Aber Aussetzen geht nicht. In einem Jahr muss die Bundesregierung den Vereinten Nationen Bericht über den Stand der Inklusion erstatten. "Dieser Prozess muss erfolgreich sein."

Quelle: Badische Zeitung vom 29.1.2011

<http://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/inklusion-darf-doch-kosten--40623923.html>

Mit Sorge blickt der bayerische Kultusminister Spänle offenbar nach Baden-Württemberg, was das Kultusministerium zu einer Pressemitteilung veranlasste. In ihr wird erneut das bayerische System der strikten Aufteilung in viele Schularten mit dem Argument verteidigt, nur so sei eine echte individuelle Förderung zu leisten. (Pressemitteilung Nr.077 vom 27.4.2011)

Kultusminister Spaenle: Grün-Rot steuert auf Strudel schulpolitischer Fragwürdigkeiten zu - Irrfahrten der baden-württembergischen Bildungspolitik

MÜNCHEN. "Das unter der grün-roten Flagge stehende Schiff der baden-württembergischen Bildungspolitik steuert sehenden Auges auf einen Strudel schulpolitischer Fragwürdigkeiten zu." Mit diesen Worten kommentiert der bayerische Kultusminister und Sprecher der unionsgeführten Länder für den Unterrichtsbereich Dr. Ludwig Spaenle die geplanten Änderungen im Bildungswesen im Nachbarland Baden-Württemberg

Die Einführung der Einheitsschule sei zum einen ein Angriff auf das Gymnasium, zum anderen verwässere es anerkannte Bildungsabschlüsse. "Soll ein Abschluss am Ende einer zehnjährigen Schulzeit für alle gleichzeitig bedeuten, dass alle jungen Menschen die gleichen Fähigkeiten und Talente haben?", fragt sich der Minister. "Das einzelne Kind muss im Mittelpunkt stehen. Deshalb müssen wir unseren Schülerinnen und Schülern Möglichkeiten bieten, wie sie auf unterschiedlichsten Wegen entsprechend ihrer Begabungen fundierte Schulabschlüsse erreichen können. Baden-Württemberg, das hier bisher Vorbildfunktion bundesweit hatte, wird mit der Einheitsschule sein bisher sehr gutes schulisches Niveau senken", betont Minister Spaenle. Er halte es zudem nicht für verantwortbar, Lehrer unvorbereitet in völlig neue Strukturen mit unerprobten Konzepten zu schicken.

Bei der Qualitätsentwicklung spielt, so Spaenle, dagegen die "konstante Verlässlichkeit" im Bildungswesen eine zentrale Rolle. Die Kontinuität in den Grundzügen des Bildungswesens ist für Minister Spaenle in Bayern und Baden-Württemberg ein Grund für das gute Abschneiden der Schülerinnen und Schüler. (...) "Das differenzierte Schulsystem eröffnet allen Schülerinnen und Schülern entsprechend ihrer Begabungen und Interessen sehr gute Bildungschancen. Dass ausgerechnet Baden-Württemberg dieses hohe Gut aus ideologischen Gründen mit einem radikalen Systemwechsel aufs Spiel setzt, ist bildungspolitisch unverantwortlich."

Dr. Spaenle will im Gegensatz dazu alle Schülerinnen und Schüler noch stärker darin unterstützen, dass sie ihre individuellen Bildungspotentiale weiter ausschöpfen können - unabhängig von der sozialen Herkunft. "(...) "Die hohe Leistung des differenzierten Schulwesens und eine sehr gute soziale Teilhabe sind ein Markenzeichen der Bildungspolitik in Baden-Württemberg. Für Bayern durchaus beispielgebend", so Spaenle. Dieser erfolgreiche Weg der "Südschiene" werde zugunsten des erfolglosesten Modells der jüngeren Bildungsgeschichte, der Einheitsschule, aufgegeben.

"Es ist erschreckend zu sehen, wie Winfried Kretschmann als Steuermann das Ruder der bisher erfolgreichen Bildungspolitik in Baden-Württemberg rumreißt, um allen Erfahrungen und Studien zum Trotz in die falsche Richtung die Segel zu setzen", so der Minister abschließend.

Sylvia Schnaubelt
stellv. Pressesprecherin

Wenden wir uns nun noch einigen anderen fachlichen Themen zu: Immer wieder wird in den Medien pauschal die hohe Zahl an Jugendlichen ohne Schulabschluss oder an sogenannten Schulabbrechern beklagt. Selten wird dabei so differenziert berichtet wie in dem folgenden Artikel aus der Frankfurter Rundschau vom 25.2.2011.

Bertelsmann-Studie: Jugendliche ohne Schulabschluss- Ewige Schulabbrecher

Die gute Nachricht lautet: Die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss geht zurück. Die schlechte: Sie tut das so langsam, dass sie kaum in der von der Bundesregierung angepeilten Zeit um die Hälfte sinken wird. 2007 kündigte Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) an, die Zahl der Schulabbrecher binnen fünf Jahren halbieren zu wollen. Viel aber hat sich seitdem nicht getan.

Bis Ende 2009 wurde lediglich ein Rückgang um ein Prozent erreicht – von acht auf sieben. Das geht aus der aktuellen Schulabbrecher-Statistik hervor, die der FR vorliegt. Laut der auf Angaben aller Statistischen Landesämter basierenden Zusammenschau, die die Bertelsmann-Stiftung am Freitag veröffentlicht, verließen vor zwei Jahren 58.400 Jugendliche die Schule ohne Abschluss.

Das waren zwar rund 6000 weniger als 2008 – aber immer noch so viele, wie die Städte Stralsund oder Wetzlar beispielsweise Einwohner zählen. Die Lage bleibe, resümiert die Stiftung, „Besorgnis erregend“. Schreibt man die bisherige Entwicklung fort, dürfte auch die etwas konservativere Zielmenge der Länder, eine Halbierung bis 2015, scheitern.

Großes Gefälle der Regionen

Bei einem Blick auf die regionalen Daten fällt auch auf, wie ungleich die Chancen auf ein Ticket in die Zukunft verteilt sind. In Baden-Württemberg verlässt rund jeder Zwanzigste die Schule ohne Abschluss (5,7 Prozent); in Mecklenburg-Vorpommern jeder Siebte (14,1 Prozent). Allerdings ist die Abbrecher-Quote auch nirgends so stark gesunken wie in Meck-Pomm: binnen eines Jahres um 3,8 Prozent.

Ob das auf einen intelligenten Umgang mit Ressourcen zurückzuführen ist, die durch Abwanderung und den demografischen Wandel im Land frei wurden, oder auf eine stärkere Verzahnung von praktischem und theoretischem Lernen, sagt die Statistik nicht. Auch in Niedersachsen und Schleswig-Holstein sank die Zahl der Abgänger ohne Abschluss um 1,2 Prozentpunkte. In Hessen, Baden-Württemberg, Brandenburg und Sachsen-Anhalt verließen hingegen prozentual mehr Jugendliche die Schule ohne Hauptschulabschluss als im Vorjahr.

Noch größer als die Unterschiede zwischen den Ländern sind die zwischen Städten und Kreisen. Hervorragend aufgehoben sind Jugendliche in Würzburg, wo mit 1,3 Prozent nur jeder Hundertste ohne Abschluss dasteht; hochproblematisch ist die Lage in Wismar; hier sind 25 Prozent ohne Hauptschulabschluss.

Bundesweit betrachtet weist knapp ein Viertel der gut 400 Kreise und kreisfreien Städte eine Abbrecher-Quote von mehr als zehn Prozent auf. Vor allem diese fordert die Bertelsmann-Stiftung zum Handeln auf: Die Probleme müssten in den „Kreisen und Kommunen erkannt und passgenaue Lösungsansätze“ gefunden werden, fordert Bertelsmann-Vorstand Jörg Dräger. Mit ihrem „kommunalen Blick“ betritt die Stiftung in der bundesweiten Erhebungslandschaft Neuland.

Doch auch das Schulsystem gehöre weiter in den Blick. Mehr als jeder Zweite ohne Hauptschulabschluss kommt nicht von der Haupt- sondern von der Förderschule. Zusammengenommen sind Haupt- und Förderschulen für die übergroße Mehrheit der Abbrecher verantwortlich. Vor den „in beiden Schultypen liegenden Herausforderungen“, konstatiert Jörg Dräger, „dürfen wir nicht die Augen verschließen.“

Das geht an die Adresse der Kultusminister, die die Kompetenzen der Haupt- und Förderschulen in den wichtigsten bundesweiten Bildungstests immer weiter unter den Tisch fallen lassen. Schon in den ehemaligen Pisa-Bundesländervergleichen (PISA-E) wurden die Ergebnisse der Förderschulen nie ausgewiesen.

Kein Test für Hauptschüler

Für die Nachfolgestudie des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) wurden nicht einmal mehr Hauptschüler befragt. Hintergrund ist ein Beschluss der Kultusminister, die nationalen Bildungsstandards für die Hauptschulen nicht gelten zu lassen. Da diese Grundlage des IQB-Tests sind, wurden für den 2010 erstmals veröffentlichten Ländervergleich nur Schüler befragt, die den Mittleren Bildungsabschluss (MSA) anstreben – die sind zumeist aber nicht auf Hauptschulen anzutreffen.

Die Kultusminister kündigten bei ihrer Entscheidung 2008 an, für die Hauptschule eigene Standards zu entwickeln. Passiert ist das noch nicht. Das Thema sei für „eine ihrer nächsten Sitzungen“ vorgesehen, hieß es auf Anfrage bei der Kultusministerkonferenz.

Quelle: **Frankfurter Rundschau** vom 25.2.2011

<http://www.fr-online.de/wissenschaft/schule/ewige-schulabbrecher/-/5024182/7406896/-/index.html>

Menschen mit schweren und schwersten Behinderungen drohen angesichts der Inklusionsdebatte noch weiter in den Hintergrund der öffentlichen Wahrnehmung zu geraten, denn rar sind die Konzepte, die auch sie in die Überlegungen gemeinsamen Unterrichts mit einbeziehen. Einen ganz anderen Aspekt schwerer Behinderung beleuchtet die folgende Veröffentlichung aus der Süddeutschen Zeitung.

Studie über Schwerstbehinderte: Lidschlag des Glücks

Auch wenn sich das viele gesunde Menschen nur schwer vorstellen können: Schwerstbehinderte sind trotz Bewegungslosigkeit, Beatmung und künstlicher Ernährung meist mit ihrem Leben zufrieden.

Es vergeht kaum die Zeit eines Wimpernschlags, da haben sich Gesunde meist schon entschieden: Die Vorstellung, dass ihr Körper vollständig gelähmt ist, erscheint ihnen schier unerträglich. "Ich wäre lieber tot", sagt fast jeder. Fast jeder, der keine Ahnung hat. Menschen nämlich, deren Körper tatsächlich vollständig gelähmt ist, wären nicht lieber tot. Die Allermeisten sind zufrieden mit ihrem Leben, wie eine belgische Studie mit Patienten zeigt, bei denen ein "Locked-in-Syndrom" vorliegt. Diese Patienten sind gefangen in ihrem unbeweglichen und meist gefühllosen Körper. Nach einem Schlaganfall kann so etwas geschehen, infolge einer degenerativen Erkrankung oder durch einen Unfall. Die Patienten müssen fast immer beatmet und künstlich ernährt werden.

Trotzdem bezeichneten sich 72 Prozent von 65 Locked-in-Patienten in der belgischen Studie als glücklich. Manche konnten dies mühsam sagen, die meisten antworteten mit Hilfe der einzigen Regungen, die ihnen geblieben sind: Viele Betroffene können wenigstens blinzeln oder die Augen hin und her bewegen. Wenn ein Pfleger oder ein Computer das Alphabet abspielt, stoppen die Patienten es per Lidschlag. So teilen sie sich mit.

Nur sieben Prozent der befragten Patienten sagten, dass sie lieber tot wären, wie Ärzte um Steven Laureys der Universität Lüttich nun im *British Medical Journal Open* berichten. Laureys ist nicht grundsätzlich dagegen, lebensverlängernde Maßnahmen wie Beatmung und künstliche Ernährung im Einzelfall zu beenden. "Die Patienten sollten aber unbedingt wissen, dass sie bei guter Pflege eine ernsthafte Chance haben, wieder ein glückliches Leben zu führen."

Die erste Zeit erleben die Betroffenen fast immer als furchtbar, wie auch die neue Studie belegt. Fassungslos über den Verlust all dessen, was einmal ihr Glück ausmachte, fallen viele in eine schwere Depression. Es gibt kein selbstbestimmtes Leben mehr, keine Zärtlichkeit und nicht einmal mehr gutes Essen. Es gibt nur noch das Bewusstsein, das Ich in seiner los gelöstesten Form. Das ist zunächst kaum auszuhalten, aber dann wird es besser. Der Mensch gewöhnt sich eben an alles, selbst an den Verlust seiner Körperlichkeit.

"Diesen Patienten geht es erheblich besser, als sich das ein Gesunder vorstellen kann", bestätigt auch Niels Birbaumer von der Universität Tübingen, der vor einigen Jahren selbst das Lebensglück von Locked-in-Patienten studiert hat. Patientenverfügungen sind für den Psychologen und Neurobiologen seither ein Graus. Kein Gesunder wisse, wie er als Kranker entscheiden würde, warnt er. Es seien oft nur die anderen, die den Patienten einredeten, dass ein Leben in Abhängigkeit von Maschinen nicht mehr lebenswert sei.

Ähnlich erging es auch dem französischen Journalisten Jean-Dominique Bauby. "Weißt du, dass Bauby zu Gemüse geworden ist?", tuschelte die feine Pariser Gesellschaft im Café de Flore, diesem "Basislager des

Pariser Snobismus". So schrieb es Bauby in seinem Buch "Schmetterling und Taucherglocke", das er allein mit Hilfe seines linken Augenlids diktiert hatte. Zu den Snobs hatte er als Chefredakteur der Modezeitschrift *Elle* selbst gehört, bevor ein Schlaganfall ihn zum Gefangenen seines Körpers machte. Wie in einer Taucherglocke fühlte er sich, "bei vollem Bewusstsein auf ein Quallendasein herabgemindert". Doch die Schmetterlinge, die Imagination und die Erinnerungen, sie waren ihm geblieben.

Quelle: SZ vom 24.02.2011/v <http://sueddeutsche.dehttp://www.sueddeutsche.de/leben/studie-ueber-schwerstbehinderte-lidschlag-des-gluecks-1.1064143>

Auch das Thema Autismus wird in den Medien immer wieder einmal behandelt, so wie hier im Tagesspiegel

Die Unfähigkeit, sich in andere Menschen hineinzuversetzen

Autismus hat viele Gesichter – viele der Betroffenen können in ihrem Beruf durchaus erfolgreich sein. Manche Kinder fallen schon im ersten Lebensjahr auf: Weil sie der Mutter nie in die Augen sehen, steif oder schlaff auf ihrem Schoß sitzen, Zärtlichkeiten gleichgültig hinnehmen oder abwehren, die Eltern auf ein Lächeln oder Babygebrabbel warten lassen. Das beunruhigt sie. Ist ihr Kind womöglich geistig behindert? Das kann, muss aber nicht sein. Nach eingehender Untersuchung und nach Befragung der Eltern stellen die Ärzte manchmal eine autistische Störung fest. Die kann bei jeder Intelligenz vorliegen.

Bei den Eltern löst die Diagnose Schuldgefühle aus. Haben sie etwas falsch gemacht? Zumindest hier können die Ärzte sie entlasten.

„Ein Kind wird autistisch geboren“, sagte der Kinder- und Jugendpsychiater Helmut Remschmidt von der Universitätsklinik Marburg bei einer Veranstaltung zum Autismus im Rahmen des Bundesärztekammer-Forschungs- und Fortbildungsforums in Berlin. Autismus ist laut Remschmidt die am stärksten genetisch mitbedingte unter den schweren Störungen, die in der Kindheit beginnen. Vermutlich sind etliche Gene beteiligt.

Das Kind, das stumm und scheinbar stumpf in der Ecke sitzt, aber in Wirklichkeit ein Genie ist: das ist zwar ein beliebtes Medienthema, doch die große Ausnahme. Weltweit gibt es vielleicht hundert Personen, die zugleich autistisch und genial sind, schätzt Inge Kamp-Becker, Psychologin in Remschmidts Klinik. Unter ihren Autismus-Patienten hatte sie bisher nur einen mit hoher Spezialbegabung bei sonst eher mäßiger Intelligenz: einen Kenner der Barockmusik, der ein Ensemble gründete und CDs herausgibt. Andere wissen zum Beispiel alles über Rasenmäher oder Verkehrszeichen; manche können die fernsten Kalenderdaten hersagen oder haben ein fotografisches Gedächtnis.

Autismus kommt in so vielen Varianten und Schweregraden vor, dass man international seit kurzem von „Autismus-Spektrum-Störungen“ spricht. Am einen Ende des Spektrums steht der frühkindliche Autismus, oft mit geistiger Behinderung verbunden, am anderen Ende das Asperger-Syndrom. Es wird wohl bald den Namen des Erstbeschreibers verlieren, denn es ist laut Remschmidt kaum vom „hochfunktionalen Autismus“ zu unterscheiden. Dabei ist die Denkfunktion nicht gestört, die Intelligenz kann sogar überdurchschnittlich hoch sein. Auch ist bei dieser Form die Sprachentwicklung nicht beeinträchtigt; deshalb fallen die Kinder oft erst in der Schule auf.

Gemeinsame Merkmale des ganzen Autismus-Spektrums sind stereotypes Verhalten mit ständigen Wiederholungen und starre Rituale – zwar auch bei gesunden Kindern in einem bestimmten Alter zu beobachten, aber nie so extrem und anhaltend. Ungewohntes bringt solche Menschen aus dem Konzept, kann sie sogar ängstigen. Ein Kind wurde von einer Baustelle so irritiert, dass es den Weg zum Kindergarten nicht mehr fand.

Oder: ein autistischer Chef, der seine Firma auf immer dieselbe Art schlecht und recht führt, ist völlig konsterniert, als ein Mitarbeiter ihm einen Verbesserungsvorschlag macht, berichtete Kai Vogeley von der Autismus-Ambulanz am Kölner Universitätsklinikum. Er sprach über den noch wenig erforschten hochfunktionalen Autismus der erwachsen gewordenen Patienten. Selbst bei hoher Intelligenz und gut bewältigter Ausbildung bleibt ihr Handicap: die schwerwiegende emotionale Behinderung aller Autisten. Sie haben größte Schwierigkeiten, mit anderen Menschen ganz selbstverständlich zu kommunizieren und angemessen mit ihnen umzugehen, können auch Ironie und Witze nicht verstehen.

Vor allem sind sie unfähig zur Empathie, können sich also nicht intuitiv in andere hineinversetzen. Man hat diese Defizit „Seelenblindheit“ genannt.

Das ist keine Charakterschwäche, sondern Folge einer Hirnanomalie. Da man dank der neuen bildgebenden Verfahren jetzt in der Lage ist, dem Gehirn beim Arbeiten zuzusehen, konnte Remschmidt ein eindrucksvolles Beispiel dafür bringen: Das Kernspintomogramm zeigt, in welcher Region des gesunden Gehirns Gesichter und wo Objekte erkannt und verarbeitet werden. Ein autistischer Mensch erkennt ein Gesicht in dem Hirnareal, das für die Erkennung von Objekten bestimmt ist. Ein Gesicht, ein anderer Mensch ist für ihn also kein Subjekt, sondern nur ein Objekt.

Viele Erwachsene mit hochfunktionalem Autismus (Asperger-Syndrom) sind fachlich exzellent. Trotzdem ist etwa jeder dritte seit mindestens sechs Jahren arbeitslos, berichtete Vogetley.

„Auch autistische Menschen können in ihrem Beruf sehr tüchtig sein – auf dem richtigen Platz“, betonte Remschmidt. Gefragt, warum er seinem ausführlich vorgestellten Vorzeige-Patienten nicht abrät, ausgerechnet Lehrer zu werden, meinte er jedoch, dies sei nicht seine Aufgabe. Er äußerte sich aber positiv über eine autistische Ärztin, die seinen Rat selbst gesucht hatte, weil sie sich danach für eine medizinische Tätigkeit mit Apparaten statt mit Menschen entschied.

Eine ursächliche Behandlung des Autismus existiert nicht, denn der Hirnstrukturdefekt ist nicht zu beeinflussen. Es gibt zwar einen „Dschungel von Therapien, darunter viele unseriöse“, meinte Inge Kamp-Becker; ein Nutzen ist aber nur für verhaltenstherapeutische Verfahren belegt. Damit lässt sich erreichen, dass die Betroffenen im Alltag besser zurechtkommen, weniger auffallen, sich einigermaßen anpassen können und das Nötigste über den Umgang mit anderen Menschen lernen. Aber das bleibt mechanisch. Intuition lässt sich nicht lernen.

Quelle: Der Tagesspiegel vom 20.2.2011

<http://www.tagesspiegel.de/wissen/die-unfaehigkeit-sich-in-andere-menschen-hineinzusetzen/3863898.html>

Zum Schluss aber doch nochmals zurück zu den Themen „Inklusion“ und „UN-Konvention“, zum einen mit einem Artikel der Welt-online, zweitens mit einer Pressemitteilung des BLLV zu einer Veranstaltung des Forum Bildungspolitik Bayern mit Klaus Hinz und Ines Boban.

Gemeinsam stark

Noch werden etwa fünf Prozent aller Schüler in Deutschland separat an Förderschulen unterrichtet. Doch die sollen abgeschafft werden. Das neue Modell heißt Inklusion. Deutschland hinkt bei der Integration von Behinderten im Bildungswesen hinterher. Um Vorgaben der UN zu erfüllen, sollen nun alle Kinder gemeinsam unterrichtet werden.

Von draußen dringt Straßenlärm in das Klassenzimmer. "Soll ich das Fenster schließen?", fragt der Lehrer. Wäre besser so, antwortet ein Schüler. Im Raum wird es schlagartig still. Isolierte Doppelverglasung. So fällt das Zuhören leichter. Tische stehen im Halbkreis um das Lehrerpult herum. Die Plätze entlang den Seitenwänden des Raums, zum Fenster und der Tür, sind frei. Niemand versucht sich im toten Winkel des Lehrers zu verstecken. Im Gegenteil, der ständige Blickkontakt ist wichtig, um notfalls die unauffälligen Gebärden zu sehen, mit denen der Lehrer seine Worte unterstreicht. Zwei junge Männer und eine junge Frau sitzen im Geschichtsgrundkurs der zwölften Klasse an der Margarethe-von-Witzleben-Schule in Berlin-Friedrichshain, einem Förderzentrum für Hörgeschädigte, das auch das Abitur anbietet. In der Unterrichtsstunde geht es um Quellenverweise, Fußnoten und Autorenrechte. Angesichts der aktuellen politischen Lage wird gekichert. Nichts lässt vermuten, dass an dieser Klasse etwas "anders" ist. Vielleicht nur, dass es hier so leer ist. Denn an der Witzleben-Schule werden nur Hörgeschädigte aufgenommen.

Deutschland ist schlecht, wenn es um Integration von Behinderten in das allgemeine Bildungssystem geht, das ergab eine Studie der Bertelsmann Stiftung. Zwar bemühen sich viele Schulen schon lange um Integration - trotzdem liegt Deutschland im europäischen Vergleich hinten. Besonders viele Kinder und Jugendliche mit Behinderung gehen hier auf gesonderte Förderschulen, rund fünf Prozent und damit doppelt so viele wie im EU-Durchschnitt. Über 76 Prozent der Förderschüler erlangen keinen Abschluss. Doch der politische Druck, etwas an der Situation in Deutschland zu ändern, wächst: In Artikel 24 der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen ist das Recht auf ein inklusives Bildungssystem festgeschrieben. Inklusiv heißt, dass alle gemeinsam und unabhängig von der Art der Beeinträchtigung unterrichtet werden sollen. Nun hat die Kultusministerkonferenz ihre Empfehlung vorgestellt: Ziel ist, das Modell Förderschule auslaufen zu lassen.

"Das Problem ist, dass man in Förderschulen nicht auf das Leben vorbereitet wird", sagt Annika Möller, denn im richtigen Leben seien Behinderte eben auch nicht immer unter sich. Möller ist gemeinsam mit nichtbehinderten Kindern in den Kindergarten, die Grundschule und später auf das Gymnasium gegangen - obwohl sie wegen Muskelschwunds im Rollstuhl sitzt. Körperlich ist sie beeinträchtigt. Denken kann sie selbst. Sie will ihr Abitur machen. Das bieten die meisten Schulen für Behinderte nicht an. Ihre Entscheidung für die allgemeine Schule bereut sie nicht. An ihrer Grundschule hat sie sich gut aufgehoben gefühlt. Dort ging man auf ihre Bedürfnisse ein, beantragte einen Schulhelfer für sie, der Stifte reicht und auch mal etwas von der Tafel für sie abschreibt. An der weiterführenden Schule war sie öfter auf sich allein gestellt. An einer Klassenfahrt nach London konnte sie nicht teilnehmen, es wurde bei der Planung keine Rücksicht auf sie genommen.

Auch Frank Schlaak, pädagogischer Koordinator an der Witzleben-Schule, macht sich Sorgen, dass seine gehörgeschädigten Schüler an einer allgemeinen Bildungseinrichtung durchs Raster fallen könnten. Er wünscht sich die "umgekehrte Integration": dass die leeren Stühle in seinem Klassenzimmer mit Normalhörenden belegt werden. Denn am Förderzentrum bekommt jeder Schüler sehr viel Beachtung. Die Klassen sind klein, normal sind Gruppen von acht Schülern. Insgesamt besuchen 187 Kinder und Jugendliche die Schule, viele haben neben Hörproblemen mit anderen Herausforderungen wie Hyperaktivitätsstörungen zu kämpfen. Die Kommunikationswege sind kurz. Wenn Schlaak einem Kollegen sagt, dass es einem Schüler schlecht geht, weiß der sofort Bescheid, was los ist. Die Lehrer kennen ihre Schützlinge und wissen, wie sich Krankheitsbilder äußern. Ob ein Lehrer an einer allgemeinen Schule mit Klassenstärken von 30 Schülern einem einzelnen so viel Aufmerksamkeit schenken kann, ist fraglich. Schließlich muss auch der Lehrstoff durchgenommen werden.

Um jedem Schüler, behindert oder nicht, gerecht zu werden, brauchen die Schulen mehr Personal. Das kostet Geld. Die Kultusministerkonferenz sieht vor, finanzielle Mittel, die aus den Förderschulen abgezogen werden, in die allgemeinen Schulen zu stecken. So sollen sie sich auf ihre neuen Besucher einstellen: Gebäude müssen rollstuhlgerecht werden, zusätzliche Pädagogen mit entsprechender Ausbildung eingestellt werden und Lehrer fortgebildet werden. Das Geld aus den Förderschulen wird dafür wahrscheinlich nicht ausreichen. "Die für die Finanzierung Verantwortlichen sollten wissen, dass für die Inklusion auch Geld in die Hand genommen werden muss", sagt Peter Wachtel vom Kultusministerium in Niedersachsen.

Aber auch mit viel Geld wird die Umstellung nicht kurzfristig funktionieren. Es werde in Deutschland mit sehr unterschiedlichem Tempo vorangehen, sagt Wachtel. Denn die Bundesländer sind auf unterschiedlichem Stand, was die Inklusion angeht. So werden nach Angaben einer Studie der Bertelsmann Stiftung von 2010 in Mecklenburg-Vorpommern rund 12 Prozent der förderbedürftigen Schüler in allgemeinbildenden Schulen unterrichtet, in Rheinland-Pfalz seien es dagegen nur 4,3 Prozent. Außerdem gehe es grundsätzlich nicht darum, eine Schule für alle zu schaffen. Manche Menschen hätten besondere Ansprüche, denen die allgemeinen Schulen nicht nachkommen könnten. In diesem Fall könnten Schwerpunktschulen einspringen, an denen Sozialpädagogen mit einer Spezialisierung auf bestimmte Bedürfnisse arbeiten. Menschen, die in den Bereichen Lernen, Sprache oder Verhalten gefördert werden müssen, könnten wahrscheinlich früher inklusive Schulen besuchen als Menschen mit motorischen Hindernissen oder Sinnesstörungen, sagt Wachtel. Er schätzt, dass die deutschen Schulen in zehn Jahren das Inklusionsniveau ihrer europäischen Nachbarn erreicht haben werden.

Quelle: Welt online vom 6.3.2011

<http://www.welt.de/print/wams/vermischtes/article12710319/Gemeinsam-stark.html>

[zurück](#)

Vielfalt als Chance

Die Inklusionsexperten Ines Boban und Andreas Hinz von der Universität Halle zeigen, warum vom Lernen in gemischten Gruppen alle profitieren und wie Schulen, Kindertageseinrichtungen und Kommunen Inklusion in ihrer konkreten Situation reflektieren und voranbringen können.

Mit der Unterzeichnung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderung hat Deutschland sich im Dezember 2008 verpflichtet, allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. "Das Zauberwort heißt Inklusion", sagt Klaus Wenzel, der Sprecher des Forum Bildungspolitik in Bayern. "Inklusion ist eine gewaltige Herausforderung für das bayerische Bildungssystem. Alle Kinder haben ein Recht darauf, gemeinsam mit anderen zu lernen, anstatt auf der Grundlage eines fragwürdigen Begabungsbegriffs aus- und umsortiert zu werden." Inklusion erfordere eine völlig neue Sicht auf das Lernen, eine andere Art von Pädagogik.

Was inklusive Pädagogik bedeutet, zeigen Ines Boban und Prof. Dr. Andreas Hinz von der Universität Halle bei einer Veranstaltung des Forum Bildungspolitik in Bayern. "Inklusive Pädagogik ist eine Pädagogik der Vielfalt", sagt Hinz. "Die Frage des Umgangs mit verschiedenen Fähigkeiten und Unterstützungsbedarfen sowie mit unterschiedlichen kulturellen und sprachlichen Hintergründen sind nur zwei Facetten eines viel größeren pädagogischen Zusammenhangs. Inklusive Pädagogik ist das individuelle Eingehen auf die Unterschiedlichkeit aller Kinder - ein zutiefst demokratischer Ansatz." Ein inklusives Bildungssystem erfordere nicht nur kulturelles Umdenken, sondern auch strukturellen Umbau.

Wie weit eine Kommune oder Bildungseinrichtung auf dem Weg zur Inklusion vorangekommen sei, könne sie mit dem "Index für Inklusion" reflektieren und weiter planen. Der Index ist eine Sammlung von Fragen und Vorschlägen zur inneren Schulentwicklung. Er hilft, Barrieren in der Bildung abzubauen - Barrieren in den Gebäuden und in den Köpfen. Ines Boban und Andreas Hinz, die den Index für Inklusion im Jahr 2003 ins Deutsche übertragen haben, zeigen, wie dieser Index den Weg zu einem inklusiven Bildungssystem erleichtern kann.

Am 1. März 2011 referierten und diskutierten Ines Boban und Andreas Hinz auf Einladung des Forums Bildungspolitik in Bayern in den Räumen des BLLV, Bavariaring 37. Die öffentliche Veranstaltung war mit über 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ausgebucht.

Quelle: Pressemeldung von: Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) e.V. vom 2.3.2011 Zur Veröffentlichung freigegeben - [Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband \(BLLV\) e.V.](http://www.bayerischerlehrerverband.de) / bildungsklick.de

Vielen Dank für Ihr Interesse an unseren Informationen und die Unterstützung des vds-Bayern. Wir hoffen, Ihnen einen interessanten Rundbrief gestaltet zu haben und freuen uns über Rückmeldungen dazu. Gerne dürfen Sie uns auch auf interessante Beiträge in der Presse Ihrer Heimatregion aufmerksam machen oder uns Artikel zusenden. Wichtig ist dabei stets eine korrekte Quellenangabe oder ein Link zu einer Website.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus-Peter Brünig.
Leiter der Pressestelle